

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

18.10.1831 (Nr. 289)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 289.

Dienstag, den 18. Oktober

1831.

Baden.

† Karlsruhe, den 17. Okt. Vorläufige Mittheilung aus der heutigen 116. Sitzung der 2. Kammer.

Der Chef des Ministeriums des Innern, Staatsrath Winter, eröffnet ein höchstes Rescript Sr. Kön. Hoh. des Großherzogs, d. d. 16. d. M., kontratsignirt von sämtlichen Ministern und Mitgliedern des Staatsministeriums, des Inhalts:

„Aus dem Uns über die gestrige Sitzung der 2. Kammer Unserer getreuen Stände erstatteten unterthänigsten Vortrag haben Wir entnommen, daß dieselbe, des von Unseren Kommissarien eingelegten Widerspruchs ungeachtet, die Begründung einer Motion des Abg. Welcker über die Vervollkommnung des deutschen Bundes zu möglichster Verwirklichung deutscher Nationalität beschlossen, nach Anhörung derselben aber ihre Berathung vertagt habe. Müssen Wir nun auch bedauern, daß ein Widerspruch Unserer Kommissarien bei der Mehrheit keine Beachtung fand, so nehmen Wir doch gerne an, es habe die Kammer mittels ihres fernern Beschlusses die in Frage gestellte Berathung gänzlich beseitigen wollen, und beschränken Uns daher, eingedenk Unserer Pflichten als deutscher Bundesfürst, auf die Erklärung, daß Wir von der Unzulässigkeit und Zwecklosigkeit der Motion durch ihre Ausführung noch mehr überzeugt, die Berathung derselben nie zu gestatten vermöchten. Durchdrungen übrigens von dem Wunsche, den gegenwärtigen Landtag in Eintracht mit den Ständen zu einem die Wohlfahrt des Landes befördernden Ziele zu führen, geben Wir Uns der Hoffnung hin, diese Unsere Gesinnung von der 2. ständischen Kammer erwidert zu sehen.“

Weiter wird durch den Abg. Welcker seine in unserem Bericht über die 113. Sitzung aufgeführte Aeußerung, als habe er die Karlsbader Beschlüsse mit dem Beiwort „hochverrätherisch“ bezeichnet, widersprochen, und von der Kammer und den Regierungskommissären erklärt, daß sie eine solche Aeußerung nicht vernommen hätten.

Das Nähere über diesen Punkt, und überhaupt die 116. Sitzung morgen.

Der gestern in der K. Z. erschienene Artikel, welcher sich auf den von dem Abgeordneten Welcker in der 113. Sitzung der 2. Kammer vom 13. d. gestellten Antrag bezieht, war von ihm selbst zum Druck eingesendet; welches mit seiner Genehmigung hier bemerkt wird.

Frankreich.

Paris, den 14. Okt. Der Messager widerlegt die Nachrichten von Besorgniß erregenden Rüstungen Spaniens.

Dem Globe zufolge ist vor einigen Tagen dahier die erste Ehe nach dem St. Simonischen Ritus abgeschlossen worden. Etwas Näheres gibt er hierüber nicht an.

Der Gazette zufolge ist Herzog von Rovigo (Hr. Savary) zum Gouverneur von Algier ernannt worden.

Das Wahlkollegium von Nontron (Dordogne) hat den Obersten Lamy zum Deputirten gewählt.

Kammersitzungen vom 13. d. — Die Pairskammer kam zusammen zur Diskussion über das Budget von 1831, und ging auf die Bitte des Finanzministers, der in die andere Kammer wollte, ohne sie vorzunehmen, wieder auseinander. — Die Deputirtenkammer fuhr mit der Diskussion über das Amendement der 11 Deputirten zum Pairiegesetz fort. Hr. Dumont trat gegen, Hr. Las Cases, Sohn, für dasselbe auf. Nach ihm verteidigte Hr. Thiers ausführlich das Kön. Ernennungsrecht. Eine Aeußerung über Hrn. von Tracy veranlaßte Erklärungen über persönliche Thatsachen und Lärmen in der Kammer. Auf Hrn. Dumeylets Antrag ging die Kammer zur Tagesordnung über. Hr. Dupin, der Ältere, erhielt das Wort, und bekämpfte das Amendement, namentlich deshalb, weil es zwar die Zahl der Pairs unbestimmt lasse, die Kandidatenzahl aber beschränke, und dadurch Veranlassung werden könne, daß gerade keine Kandidaten von der Ansicht, die man zur Brechung der Majorität brauche, zu haben wären. Es gelang ihm, die Kammer öfters lachen zu machen, als er z. B. die vorgeschlagene Kandidatur eine Kandidatur der Kumpelkammer nannte, und meinte, man werde bei Annahme des Amendements nicht mehr Pairs von Frankreich, sondern Bezirkspairs erhalten, und am Schluß lauten Beifall zu ernten. Hr. Merilheu suchte ihn zu widerlegen; Hr. Berenger resumirte dann die Diskussion. Die Ordnung und die Art der Abstimmung, indem das Zentrum wieder den namentlichen Aufruf verlangte, erregten großen Lärm. Zuletzt beschloß man, nur über die Frage abzustimmen, ob die Kön. Ernennung auf der Kandidatur beruhen soll; sie wurde durch 244 gegen 186 Stimmen verneinend entschieden.

Im Cour. Fr. liest man: „Ein Amendement des Hrn. Bignon wird die Frage über die Verfassungsgewalt in Anregung bringen, Wenn der Beschluß der Deputirten

tenkammer über das Pairiegesetz als gesetzgebender Akt der Pairskammer vorgelegt wird, so wird sie ihn verwerfen. Wird er als Verfassungsakt vorgelegt, so muß Eins von Beiden stattfinden: Entweder gibt die Pairskammer einfach ihre Zustimmung und der König seine Sanction, oder die Pairskammer verwirft und der König bestätigt, ohne Rücksicht auf die Zustimmung der Pairs, den Beschluß der Deputirtenkammer. Nothwendigerweise muß die Sache so kommen.“

Zwei Gefährten und Mitschuldige von Diot sind durch den Assisenhof der Deu. Sevres zum Tode verurtheilt worden.

Großbritannien.

London, den 11. Okt. Heute ist die Aufregung weit geringer als gestern. Das Oberhaus war noch nie von einer solchen Volksmenge umlagert gewesen; die Polizei konnte nur mit den höchsten Anstrengungen einen Durchgang freihalten. Die Antireformlords suchten zum Theil unbemerkt durch den Haufen zu kommen, doch es gelang ihnen nicht allen, und die, welche man erkannte, wurden verlacht, verspottet, ausgezischt, ausgepöflet, und nur die zahlreich anwesende Polizei schützte sie vor thätlicheren Beweisen des Volksunwillens. In mehreren Straßen wurden schon frühe die Läden geschlossen, weil man einen Angriff auf die Fenster besorgte, und Herzog von Gloucester hatte sogar die Vorsicht, die seinen mit Brettern zu verwahren. Alle Briefe vom Lande enthalten die gleichen Angaben über die Wirkungen der Nachricht von der Verwerfung der Bill. Doch begnügte man sich fast überall, dem Unwillen hierüber durch Schreien und Reden Luft zu machen, und Antireformer allenfalls in effigie aufzuhängen. Nur in Derby floß Blut, indem einige Häuser angegriffen, und da der Pöbel sich nicht zerstreute, auf denselben gefeuert wurde. In Nottingham wurden einigen Reformern die Fenster eingeworfen, ohne daß weitere Unordnungen stattfanden.

Die Times sagen: „Es ist jetzt ganz gewiß, daß die Minister nicht die entfernteste Absicht haben, sich zurückzuziehen. Sie werden in dieser Woche das Parlament auf kurze Frist vertagen, die Zwischenzeit zur Ernennung von 100 neuen Pairs anwenden, und dann bei der Wiederöffnung der Sitzung die nämliche Reformbill vorlegen. Es ist die Absicht der Minister, die Pairswürde möglichst nur den ältesten Söhnen von Pairs zu übertragen, um die Glieder des Oberhauses nicht auf die Dauer zu sehr zu vermehren.“

Gestern wurden im Oberhause noch mehrere Petitionen für die Reformbill überreicht, indem dieselbe, wie Lord Cloncurry äusserte, nur verschoben sei. — Der im Unterhause auf den Vorschlag des Lord Ebrington gefasste Beschluß lautet: „Daß, da dies Haus das dermalige Schicksal der Bill zur Reform der Vertretung von England und Wales, zu deren Gunsten die Meinung des Landes unzweideutig sich ausgesprochen hat, und welche durch die sorgsamsten und eifrigsten Berathungen gereift

worden ist, tief beklagt, es sich berufen fühlt, wiederholt sein festes Halten an den wesentlichen und leitenden Grundsätze dieser großen Maaßregel zu betheuern, und sein unerschütterliches Vertrauen auf die Redlichkeit, Beharrlichkeit und Geschicklichkeit der Minister auszusprechen, welche, bei ihrer Vorlegung und Durchführung, so wohl die ersten Interessen des Landes zu Rathe gezogen haben.“

Im Anfang der heutigen Sitzung des Oberhauses klagten mehrere Lords über das Benehmen des Pöbels. Marquis von Londonderry erklärte, er werde künftig Waffen mit sich führen. — Im Unterhause war man mit Diskussion eines Antrags des Hrn. Sadler, die Lage der arbeitenden Klasse betreffend, beschäftigt.

Polen.

Die poln. Agenten zu Paris publiziren im Cour. Fr. ein Zirkular des poln. Ministers des Auswärtigen, Theod. Morawski, aus Zakroczyn v. 14. Sept. Der Fall von Warschau wird darin der Verrätherei des Gen. Krukowiecki beigegeben. Er wollte durchaus unterhandeln, ließ daher die Wolauer Schanze unbesezt, rief keine Nationalgarde, noch viel weniger die Sicherheitswache unter die Waffen, und beorderte sogar Truppen, während der Kampf noch währte, nach Praga. So konnte der Muth der Einzelnen nichts wirken. Unter dem feindlichen Feuer setzte zwar der Reichstag den Verräther ab, und ernannte den Hrn. Niemojowski zum Regierungspräsidenten; allein es war zu spät. Schon standen die Russen vor den Wällen der Stadt, und bedrohten Warschau mit Vernichtung. Der Reichstag verließ daher mit allen Behörden, dem Heere und einer Menge Einwohner die Stadt, und ernannte den General Rybinski zum Oberbefehlshaber. Die Russen zogen in Warschau ein, das nun von Trauer und Thränen erfüllt war; die Häuser mußten erbrochen werden, wenn sich die Russen den Eingang verschaffen wollten. Die Polen waren entschlossen, sich noch zu verteidigen.

Preussen.

Berlin, den 13. Okt. Gestern erkrankten dahier an der Cholera 38 Personen; 14 genasen und 20 starben.

Ein Schreiben der allgemeinen Zeitung aus Berlin vom 4. Oktober sagt: Unter innerem Staatsleben, unsere Theilnahme an Holland und Rußland nach Außen kümmert jetzt nur Wenige, am wenigsten die Frage, die uns aus dem südlichen Deutschland so oft und zudringlich zugeworfen wird, ob denn das königliche Wort vom 22. Mai 1815 wegen einer Konstitution nicht in Erfüllung gehen werde. Kommt Zeit, kommt Rath. Die bisherigen Provinzialstände bewegen sich in zu engen Schranken der Privilegirten. Nur wenige sprechen und handeln da mit der Energie, womit der verstorbene Minister von Stein noch zuletzt in seinem Kreife auftrat. Wer es gut mit seinem Vaterlande meint, hält sich bei der Meinung, die ein kundiger Staatsmann

in einer kleinen Schrift: Stimme aus Preussen (60 S. Leipzig, Brockhaus), wahrhaft freisinnig und besonnen ausgesprochen hat. Alles was dort S. 11 ff. von den Vortheilen, die man auch ohne Konstitution in vollem Maasse genießt, gerühmt wird, kann wahr und doch der Wunsch in der Brust von Millionen rege sein, daß durch eine oktroyirte Konstitution auf immer gesichert werde, was jetzt nur edler Wille gewährt.

D e s t r e i c h.

Wien, den 11. Okt. Gestern erkrankten an der Cholera 73 Personen; 52 genasen und 45 starben; heute erkrankten 79, 62 genasen und 46 starben. — Die Cholera ist in Mähren bis zum 5. d. M. außer in Brünn in acht Ortschaften ausgebrochen. — In Ungarn ist in Gran die Cholera wieder verschwunden. Auffallend ist es, daß sie hier, bei einer Bevölkerung von 6684 Seelen 1448 Individuen, also über $\frac{1}{5}$, ergriff, daß jedoch von den Erkrankten nur 159, also nicht viel über $\frac{1}{10}$, starben.

Der Kaiser hat unterm 10. in Bezug auf die Anstalten gegen die epidemische Brechruhr ein Kabinettschreiben an den obersten Kanzler der vereinigten Hofkanzlei, Grafen Mittrowsky, erlassen, wodurch er bestimmt, daß die zwischen den inländischen Nachbarprovinzen bestehenden Sanitätskordone aufgelassen werden sollen. Nur längs der Gränzen jener südlichen Provinzen der Monarchie, deren Absatz und Handel in unmittelbarem Verkehr mit den benachbarten italienischen Staaten und den ausländischen Seehäfen steht, bleibt vor der Hand noch ein Sanitätskordon, um wegen der in den italienischen Nachbarstaaten bis jetzt noch herrschenden Meinungen und Besorgnisse in Beziehung auf die Natur und Verbreitungsweise der Brechruhr hierdurch die einzelnen Absperrungen der verschiedenen italienischen befreundeten Nachbarstaaten zu vermeiden, den Handelsverkehr mit denselben aufrecht zu erhalten, und den wichtigen Seehandel mit dem Auslande bis zu jenem Zeitpunkte vor Störungen und Unterbrechungen zu bewahren, wo sich eine erfahrungsgemäße Ansicht der Entstehungs- und Verbreitungsweise der epidemischen Brechruhr allgemein geltend gemacht haben wird. Zugleich wird die Kontumazzeit bei allen noch bestehenden Kordons auf 5, und bei dem gegen die Lombardei auf 10 Tage festgesetzt.

S c h w e i z.

Tagssagung. In der Sitzung vom 6. Oktober wurden die Angelegenheiten von Schwyz behandelt. Beide Theile des Kantons Schwyz wurden zur Versöhnung und Vereinigung, so wie zur Unterlassung aller Feindseligkeiten, dringend eingeladen, und hiezu bis zur Tagssagung von 1832 Frist gegeben.

Basel. Am 3. Okt. legte der K. Rath dem großen einen Gesetzentwurf vor, des Inhalts: Daß 1. alle in Folge des Amnestiegesetzes vom 7. Febr. d. J. bestrafte Personen, sowie die, welche seither sich strafbarer Handlungen schuldig machten, unbedingdt begnadigt werden, mit Ausnahme von 19 Personen, welche, um an dieser Gnade

Theil zu nehmen, durch Unterschrift eines Reverses gutes Betragen geloben müssen. 2. Daß keine Aenderung an der Verfassung, wohl aber 3. an den bestehenden Gesetzen stattfinden könne. Am 6. wurde derselbe einer Kommission überwiesen, und am 10. der Amnestievorschlag angenommen. Am 11. erließen die eidgenössischen Repräsentanten einen Aufruf, um ihre bevorstehende Abreise kund zu thun. Sie ermahnten darin die Bewohner des Kantons zur ruhigen Abwartung der Entschliessungen der Tagssagung, und die Truppen zur Erhaltung der Manneszucht.

Neuenburg. Am 3. kamen Marschall Mortier und Graf von Rumigny, franz. Gesandten bei der Eidgenossenschaft, hieher, und reisten nach einer Unterredung mit dem Oberst Forrer am 4. wieder ab. — Am 7. versammelte sich der gesetzgebende Rath. Er beschloß, die angeblichen Verheerungen und Plünderungen auf dem Schlosse untersuchen zu lassen. Sodann beschäftigte er sich an diesem und den folgenden Tagen mit der Frage, obman die Urversammlungen über die angeregte Trennung von Preussen solle entscheiden lassen. Petitionen für und wider wurden überreicht, und am 11. d. diese Frage durch eine Mehrheit von 9 Stimmen verneinend entschieden. — Die Nachrichten von Verwüstungen auf dem Schlosse durch die Landleute, welche es besetzt hielten, werden von diesen für unwahr erklärt.

B a i e r n.

München, den 23. Okt. Kammer der Abgeordneten. — Am 12. und 13. beschäftigte sich die Kammer mit dem Budget der Einnahmen. Der Ausschuß hatte eine Ermäßigung von 28,253,057 fl. auf 26,279,208 fl. beantragt. Die Zolleinnahmen führten dabei auf Diskussion der Zoll- und Handelsverhältnisse im Allgemeinen. Mehrere ältere Vorträge wurden bestätigt, die Anträge auf möglichste Erleichterung des Verkehrs für den Rheinkreis und auf Beschleunigung der Unterhandlungen mit Darmstadt u. Preussen über einen auf freiem Verkehr beruhenden Zollverein gutgeheißen; endlich folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Noch vor Abschluß des Vereins mit Preussen u. Hessen sollen Unterhandlungen zur Herstellung der Assimilierung der Tarife mit diesen Regierungen angeknüpft, 2) es sollen Bestimmungen über Eintrittsstationen nach Preussen und Schlesien gegeben, 3) der Landtransit soll erleichtert werden, ebenso 4) der Gränzverkehr, 5) falls ein Zollverein mit Preussen und Hessendarmstadt zu Stande kommt, darf die Regierung an den ersten 7 Titeln der Zollordnung Aenderungen nach der preussisch-hessischen Zollordnung vornehmen, 6) falls das Großherzogthum Baden diesem Zollvereine beitrith, dürfen die ersten 6 Titel der Zollordnung geändert werden, jedoch ohne neue Beschränkung für die bayerischen Staatsbürger, 7) diese Verträge sind später der Kammer vorzulegen, damit sie sich von deren Verfassungsmäßigkeit überzeugen kann, 8) die Regierung darf Zölle vermindern oder aufheben, vorbehaltlich der Genehmigung der Stände, 9) sie darf zum Behufe eines Zollvereins mit Preussen u. Hessen

die Zölle vermindern, erhöhen jedoch nur bis zum preuß. Tarif, 10) im Falle der Vereinigung mit Preussen soll auf Einführung gleichen Maaßes, Gewichtes und Münzsystems, vorzüglich nach dem Dezimalsystem, hingearbeitet werden. — Der Präsident kündigte der Versammlung an, daß nach einem so eben eingelaufenen Rescript die Sitzung bis zum 20. Nov. 1831 verlängert sei.

Das Münchener Konversationsblatt enthält heute folgenden Artikel: Nach gestern eingetroffenen amtlichen Anzeigen ist die Cholera im Orte Werfen und in der bairischen Grenzstadt Schirding ausgebrochen.

Freie Stadt Hamburg.

Hamburg, den 11. Okt. Bis heute sind hier an der Cholera 21 Personen erkrankt und 9 gestorben; 12 sind noch in Behandlung.

Königreich Sachsen.

Dresden, den 11. Okt. Höchsten Orts ist für gut befunden worden, in Ansehung derjenigen Zivildienner u. Geistlichen, welche in ihrem Verufe zunächst in den Fall kommen können, auf die Vorschriften der Verfassungsarkunde besondere Rücksicht zu nehmen, eine besondere Beeidigung auf dieselbe stattfinden zu lassen.

Hannover.

Hannover, den 6. Oktober. Der Geh. Kabinetstath Falke und der Oberst Reynett, letzterer Adjutant Sr. k. H. des Vicekönigs, sind heute von hier nach London abgereiset. Dem Vernehmen nach, bezieht sich die Sendung des Ersteren auf den den Ständen vorzuliegenden Verfassungsentwurf, über welchen sehr wichtigen Gegenstand in der letzteren Zeit in den Versammlungen des königl. Kabinetministeriums häufige Beratungen stattgefunden haben sollen. Aller Wahrscheinlichkeit nach, werden die Stände nicht vor Ende November oder Anfangs Dezember wieder zusammenberufen.

Zürkei.

Der östr. Beobachter berichtet unterm 11. Oktober: Berichte aus Bucharest vom 14. v. M. melden, daß daselbst direkte Nachrichten aus Konstantinopel, aus sicheren Quellen, über eine dort ausgebrochene Revolution eingelaufen seien. — Wir können den Ungrund jenes Gerüchtes um so mehr verbürgen, als wir direkte Nachrichten aus Konstantinopel vom 16. September erhalten haben, welche, statt hievon, von den energischen Maaßregeln sprechen, in Folge deren die häufigen Feuerbrünste aufgehört haben. Das Gerücht vom Ausbruche einer Revolution scheint um so mehr die Folge eines mißglückten Planes zu sein, als früher ähnliche Gerüchte zu Konstantinopel selbst im Umlaufe waren.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, die mit dem landesherrlichen Dekanate verbundene Stadtpfarrei Ettenheim dem Pfarrverweser Baumann in Ebnfel, — die Pfarrei Balterstweil dem Vikar Konstanzer in Bleichheim, — die Pfarrei Kirchhofen dem Dekan und Stadtpfarrer Wild in Renzingen, — die mit dem landesherrlichen Dekanate verbundene Stadtpfarrei Waldkirch dem Pfarrer Schindler zu Ballrechten — und die Pfarrei St. Ulrich dem Pfarrer Schädler von Weisheim huldreichst zu übertragen.

Staatspapiere.

Wien, den 11. Okt. 4prozent. Metalliques 74 $\frac{1}{2}$; Bankaktien 1037.

Paris, den 13. Okt. 5prozent. 88, 50; 3prozent. 59, 15.

Frankfurt, den 15. Okt. Großherzogl. badische 50 fl. Lett. Post von S. Haber sen. und Gell u. Ebnus 1820 78 $\frac{3}{4}$ fl. (Geld.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Maclot.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

16. Okt.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7	27 $\frac{3}{4}$. 11.3 L.	9,7 G.	56 G.	Windstille
M. 2	28 $\frac{3}{4}$. 0,4 L.	15,7 G.	52 G.	W.
N. 9 $\frac{1}{2}$	28 $\frac{3}{4}$. 1,9 L.	12,5 G.	55 G.	W.

Ziemlich heiter — trüb.

Psychrometrische Differenzen: 1.6 Gr. - 4.0 Gr. - 2.3 Gr.

Karlsruhe. [Hausverkauf] In einer der angenehmsten und gesündesten Lagen der Stadt ist ein mit vorzüglicher Sorgfalt erbautes Haus von 14 Zimmern und mehreren Kammern, mit Stallung für 4 Pferde, Remise und sonstigen Bequemlichkeiten, einem freundlichen Gärtchen u. s. w., gegen billige Zahlungsbedingungen aus freier Hand zu verkaufen, oder auch im Ganzen zu vermieten. Nähere Auskunft ertheilt das Zeichnungs-Komtoir, oder Hr. Kölle, im allgemeinen Kommissionsbureau.

Berichtigung.

Der in Nr. 283 und 285 von Gr. Dom. Verw. zu Rastatt ausgeschriebene Mühlenverkauf wird nicht Montag, sondern Samstag, den 5. Nov. d. J. stattfinden.